Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 35,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 105,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 55,00 M. Einzelnummer 2,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 9,00 M., Familienanzeigen 6,60 M., die 3gespaltene Reklamezeile 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 2 M.

Nr. 164 | Dresden, Montag den 17. Juli 1922 | 33. Jahrg.

Der Gegenzug der Bürgerlichen

Die Arbeitsgemeinschaft aus Sozialistenfurcht

Wie die Berliner Morgenpost berichtet, war eine Anregung des Zentrums, nach dem Vorbilde der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten zu bilden, am Sonntag Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Stresemann, sowie den beiden demokratischen Führern Petersen und Koch. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war positiv. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft wird nunmehr in den Fraktionssitzungen dieser Parteien selbst zur Beratung gestellt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft, die sich zwischen den Reichstagsfraktionen der S. P. D. und der U. S. P. gebildet hat, hat in den Reihen der bürgerlichen Parteien ein Angstprodukt geboren. Aus Berlin wird gemeldet, daß am Sonntag zwischen Führern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei die Frage einer Arbeitsgemeinschaft besprochen wurde. Man steht in den Kreisen der bürgerlichen Regierungsparteien auf dem Standpunkt, daß die Bildung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft einen Vorstoß der Sozialdemokratie gegen die bisherige Regierungskoalition bedeute. Die Regierungserweiterung nach links werde eine „unerträgliche Belastung der Politik" der Reichsregierung mit sich bringen. Um dies zu verhindern, solle das politische Gleichgewicht durch eine Arbeitsgemeinschaft, die Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum und eventuell auch die Bayerische Volkspartei umschließt, errichtet werden.

Vom Standpunkt einer klaren, für Wählermassen leicht zu durchschauenden Politik aus ist gegen solche Parteikonzentrationen nichts einzuwenden. Es gibt parlamentarisch regierte Länder, in denen sich Jahrzehnte hindurch ein Zweiparteiensystem hielt, das den Wählern die Entscheidung bei Wahlgängen wesentlich erleichterte. In Amerika war bald die Partei der Demokraten oben, bald die Republikaner unten und umgekehrt. In England spielte sich der politische Kampf bis in die Zeit, in der die Arbeiterpartei als mächtiger Faktor emporwuchs, zwischen Konservativen und Liberalen ab. Die Regierungsverantwortlichkeit wechselte je nach dem Wahlausfall und die Wähler konnten sich verhältnismäßig klar davon überzeugen, was zu den Versprechungen der Siegenden gewesen war.

Wir leiden an Deutschland keinen Mangel an Parteien, Gruppen und Grüppchen. Seit der Weltkrieg die Sozialdemokratie spaltete, standen einander nicht nur S. P. D. und U. S. P., sondern auch mehrere kommunistische Häufchen gegenüber. Und drüben auf bürgerlicher Seite zersplittert sich die Wählerschaft heute noch in etwa acht Parteien. Wenn also auch auf dieser Seite eine Vereinfachung stattfinden könnte, so mögen sich die bürgerlichen Parteien darüber unterhalten. Wir als unbeteiligte Dritte werden das Schauspiel mit größtem Interesse genießen.

Denn wir sind gespannt, auf welche Richtlinien sich die Demokraten, die sich grundsätzlich zur Republik bekennen, mit der Volkspartei zu einigen gedenken, in deren Programm noch immer das Bekenntnis zur Monarchie steht. Und wir sind nicht minder neugierig, wie sich die Zentrumsarbeiter und christlichen Gewerkschaften dazu stellen werden, wenn sich die Vertreter der christlichen Arbeiter mit den Schwerindustriellen der Volkspartei nicht nur an einen Tisch setzen, sondern Arm in Arm mit monarchistischem Großkapital gegen die Sozialdemokratie in Front rücken. Wenn sich die Sozialdemokratie im Verlauf des weiteren und hoffentlich unaufhaltsamen Einigungsprozesses mit den Unabhängigen zu einer Partei verschmelzt, so ist das eine organische Entwicklung, denn uns trennen von den Unabhängigen, nachdem sie sich zur Teilnahme an einer Regierungskoalition mit Bürgerlichen bereit erklärt haben, keine grundsätzlichen Anschauungen mehr. Unser beider Endziel war immer das gleiche, unsre Mittel und Wege zu diesem Endziel sind durch einen unerbittlichen historischen Läuterungsprozeß zu gleichen geworden. Glauben das Demokraten, Zentrum und Volkspartei von sich sagen zu können? Wenn ja, dann gratulieren wir den Zentrumsarbeitern zu ihren Arbeitervertretern, und den republikanischen Wählern, die sich für die Demokraten entschieden, zu dieser Sorte Republikaner.

Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist entstanden aus dem Verlangen breiter Volksmassen nach entschiedener Sicherung und Festigung der deutschen Republik. Das war der Wille all der gewaltigen Kundgebungen, die wir sowohl nach den Meuchelmorden an Erzberger und Rathenau erlebten. Und wie legen Zentrum und Demokraten diesen Volkswillen aus? Sie gedenken sich zur Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen mit einer Partei, die den Deutschnationalen und ihren monarchistischen Bestrebungen erheblich näher stehen, als auch nur gemäßigten Republikanern. Auch in bürgerlichen Kreisen des Reichstags schüttelt man den Kopf über diese Idee, die von dem ehemaligen Zentrumsminister Stegerwald ausgeht. Ob der Gedanke verwirklicht wird, ist fraglich, aber daß er auftauchen und ernsthaft diskutiert werden konnte, bleibt für die Beteiligten charakteristisch.

Ueber den unpolitischen Sinn des Deutschen ist besonders in den letzten Jahren viel geklagt worden. Aber der Verständigungsprozeß zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihre Versöhnung zum Schutze der Republik und der demokratischen Errungenschaften des November 1918 berechtigen zu der optimistischen Auffassung, daß der politische Sinn der unteren Schichten im Wachsen ist, indes der größte Teil des Bürgertums sich zerfahrener denn je mit den politischen Problemen abquält. Rathenau ist ermordet worden; ein Vertreter der Demokratie und einer der feinsten Köpfe, die das Bürgertum der Gegenwart hervorgebracht hat. Reaktionäre Mordorganisationen wurden aufgedeckt und Listen ans Licht gezerrt, auf denen weitere Namen der Demokratie und der Republik verzeichnet standen. Daraufhin suchen Demokraten und Zentrum den Schutz der Republik zu sichern durch Koalitionserweiterung nach rechts, durch Anschluß an eine Partei von Großkapitalisten und Monarchisten, aus deren Kassenschränken die Mittel zum reaktionären Meuchelmord mit geflossen sind und die Mittel zum Kampf gegen die Republik dauernd weiter fließen. Wir haben zu diesem Charakterbild weiter nichts zu sagen und überlassen das Uebrige den Wählern.

•

Stimmen der Beteiligten

Die Stimmen der Berliner Presse vom Sonntag zu der augenblicklichen Situation lassen klar erkennen, daß die Verwirklichung des von Herrn Stegerwald erfundenen Verlegenheitsproduktes selbst in bürgerlichen Kreisen sehr geteilt aufgenommen wird. Man ist vielfach mit der Sozialdemokratie der Auffassung, daß die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Linken ganz andern und dazu berechtigten Ursprungs ist als der Versuch der bürgerlichen Mittelparteien, ebenfalls eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Georg Bernhard, der Chefredakteur der Vossischen Zeitung, sagt den bürgerlichen Parteien z. B., daß sie durch ihr Manöver den Gesundungsprozeß auf der Linken stören, und daß es nur die Angst vor einer Verstärkung der Sozialdemokratie ist, die die Mittelparteien veranlaßt habe, überhaupt über einen Plan der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zu reden. Bernhard fährt fort:

„Die Kernfrage ist: Was soll solche (bürgerliche) Arbeitsgemeinschaft? Es liegt keinerlei organischer Grund dafür vor. Denn eine Verschmelzung kommt zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei doch nicht in Frage. Eine dauernde Gemeinsamkeit in Schulfragen z. B. ist zwischen beiden Parteien gar nicht denkbar. Wenn es sich noch um eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokraten und Volkspartei handelte, die mindestens in kulturpolitischen Richtlinien einig gehen können, bei denen vielleicht auch einmal die Vereinigung zur großen republikanischen Partei möglich ist! Aber so, wie die Sache jetzt aufgezogen wird, fehlt jeder natürliche Zusammenhang ... Jede solche (bürgerliche) Arbeitsgemeinschaft läuft Gefahr, daß ein Bürgerblock gebildet wird, der das deutsche Volk wieder zerreißt, statt es zu einigen und an dessen Ende die Radikalisierung der deutschen Revolution steht. Es ist durchaus richtig, wenn weite Teile des deutschen Bürgertums die Erweiterung der Koalition auch nach rechts wünschen. Aber diese Erweiterung darf nicht erfolgen durch künstliche Konstruktionen, die den Parteikampf verschärfen, sondern durch eine verständige Entwicklung. Wenn erst einmal geordnete Parteiverhältnisse auf der Linken wären, so hätte sich das andre, was nach rechts geschehen mußte, von selbst ergeben. Man ist im Begriff, die natürliche Entwicklung zu unterbrechen. Wenn es nur keinen Kurzschluß gibt!"

Diese Ausführungen eines maßgebenden bürgerlichen Politikers werden von einem großen Teil bürgerlicher Abgeordneter geteilt. Bernhards Ausführungen bilden zugleich eine treffende Antwort auf einen Artikel des Zentrumsblattes Germania in der Sonntagsausgabe. Unter anderm heißt es hier:

„Eine Verbreiterung der Koalition auf Grundlage der neuen (sozialdemokratischen) Arbeitsgemeinschaft wäre eine verschleierte einseitige Verlängerung des linken Regierungsarmes und eine Verstärkung des sozialistischen Einflusses, der nicht nur in der Zahl, sondern vor allem in der Qualität zum Ausdruck kommen müßte. Es kommt nicht lediglich eine Erhöhung der sozialdemokratischen Ziffer in Frage, sondern es handelt sich darum, daß eine bisher außerhalb stehende Partei in die Koalition aufgenommen werden soll, eine Partei, die nicht auf dem Koalitionsprogramm steht und die mehr als einmal der Regierung, in die sie jetzt hinein soll, in Parlament und Presse das schärfste Mißtrauen ausgesprochen hat. Durch die Arbeitsgemeinschaft wird auch das unabhängige Parteiprogramm nicht aufgehoben ... Es muß zwar nicht so kommen, aber es kann so kommen, daß die radikalen Elemente in der arbeitsgemeinschaftlichen Sozialdemokratie das Uebergewicht erlangen und dadurch die Gleichgewichtslage so ins Schwanken gerät, daß sie schließlich ganz nach links überkippt. ..."

Also vor lauter Angst und Sorge um die eigenen Parteigeschäfte, eine völlige Verkennung der politischen Situation. Während Georg Bernhard feststellt, daß es sich bei der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen um einen „Gesundungsprozeß" handelt, spricht die Germania von einem „Moment der Unruhe in unsrer Politik".

•

Spießbürgerliche Angstpolitik

Der Vorwärts schreibt zu dem Plan einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft:

„Der Gedanke des Bürgerblocks, dem neben Herrn Stegerwald auch Herr Stresemann Pate gestanden haben soll, ist das Produkt einer spießbürgerlichen Angstpolitik. Kann man sich etwas Groteskeres denken? Unter dem Eindruck, den die schändliche Ermordung eines bürgerlichen Ministers hervorgerufen hat, schart sich die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft geschlossen um den bedrohten Staat. Unsre politischen Spießbürger aber, statt diese Entwicklung freudig und dankbar zu begrüßen, lassen sich vom Feuerio-Geschrei reaktionärer Nachtwächter aufschrecken, laufen erregt durcheinander und halten Rat, was sie nun zu ihrem Schutze unternehmen sollen."

•

Die Verhandlungen — Stegerwald und Wirth

Berlin, 16. Juli. (Eigner Drahtbericht). Kurze Zeit nach der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Freudenstadt erschien der Reichskanzler zur Besprechung der politischen Lage. Nach Beendigung dieser Beratung hat der Reichspräsident zunächst die Führer der Sozialdemokratie zu sich. Anschließend folgten bis in die Abendstunden abwechselnd Besprechungen mit den übrigen bürgerlichen Koalitionsparteien und der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Insgesamt betrachtet, war am Sonnabend abend festzustellen, daß eine Auflösung des Reichstages mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten ist, wenn nicht die bürgerlichen Parteienemsig zu der Ueberzeugung kommen würden, daß den endlosen Quacksalbereien praktische Politik endlich folgen muß. Eine Verschlechterung der Lage trat noch insofern ein, als die bürgerlichen Parteien Versuche anstellten, die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen mit der Bildung eines Bürgerblocks zu beantworten. Der Vorschlag zu diesem Verlegenheitsprodukt stammt vor allem von Herrn Stegerwald, der die Zeit für gekommen glaubt, den Reichskanzler Dr. Wirth unmöglich zu machen. Die Auffassung der Sozialdemokratie, dem bürgerlichen Plan gegenüber, ging dahin, daß man sich mit einer Verwirklichung der bürgerlichen Pläne vor

---

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatutes der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf Sonntag den 17. September, abends 6 Uhr, nach Augsburg (Stadtgarten) ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes
   a) Allgemeines. Referent: Dr. Adolf Braun;
   b) Die Internationale. Referent: Otto Wels;
   c) Agitation, Organisation und Kassenbericht. Referent: Friedrich Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Friedrich Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Hans Vogel.
4. Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale Stellung der Frau. Referentin: Johanna Reitze.
5. Justizreform. Referent: Senger, München.
6. Bericht der Kommission für das Gesundheitsamt. Referent: Professor Dr. Grotjahn.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Parteigenossen! Wir fordern euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen, rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 21. August im Besitze der Parteiorganisationen sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatutes veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden.

In allen örtlichen Parteiangelegenheiten und wegen Wohnungsbeschaffung wenden sich die Delegierten möglichst sofort nach Ihrer Wahl, spätestens aber bis zum 30. August an den Vorsitzenden des Hauptausschusses und der Wohnungskommission. Adresse: Klemens Högg, Augsburg, Milliteres Kreuz 280.

Berlin, 14. Juli 1922. **Der Parteivorstand.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220717/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG